

Offene und solidarische Universität?

I. Verantwortung des Präsidenten

Die durch die Universität umzusetzenden Kürzungen sind sowohl das Ergebnis eines jahrelangen Politikverständnisses der großen Koalition als auch das einer schlechten Vertragsverhandlung durch die Universitäten. Diese Kürzungen stehen im Widerspruch zu dem Ansprüchen an dem sich der politischen Senats messen lassen wollte, sie sichern nicht die Zukunft der Stadt, sondern gefährden ihre Entwicklungsfähigkeit.

Der Präsident der Humboldt-Universität hat durch die Art seiner intransparenten und ruhigstellenden Verhandlungsführung, durch den Verzicht der rechtlichen Möglichkeit und Gutachten die Universität erstmalig in der langen Geschichte ihrer Haushaltskürzungen in eine Situation gebracht, wo auf jeden Widerstand und ernsthafte Öffentlichkeit verzichtet wurde. Durch das Schaffen der Verhandlungstatsachen, durch den Verzicht auf die bestehende Vertragssicherheit sollen nun von der Universität selber diejenigen Strukturerschlagungen umgesetzt, um die in Protestsemestern der StudentInnen und MitarbeiterInnen gestritten wurde. Mit diesem präsidentialen Weg wurde der Sinn all dieses lebendigen Widerstands, des Engagement für überflüssig erklärt.

Initiative an Morgen Denken

Statt einer offensiven Auseinandersetzung stand im Mittelpunkt seiner Tätigkeit die Unterstützung der privaten Initiative oder Lobbyverein „An Morgen Denken“, die aus Persönlichkeiten des „öffentlichen Lebens“ und der Wirtschaft. Ob die Universität zu wirtschaftlich tätigen Einrichtungen umgebaut werden soll, für welche Initiative die Humboldt-Universität als Ganzes steht, das wäre eine Frage der Debatte in der universitären Selbstverwaltung und ist nicht die monokratische Entscheidung eines Präsidenten. Ein politischer Senat, der sich öffentliche Privatuniversitäten leistet, ein Präsident der auf demokratische Entscheidungsfindungen in Fragen der Perspektive der Universität verzichte, die Gefährden die Zukunft und Entwicklungsfähigkeit der Universität und der Stadt.

Feststellung der verfaßten StudentInnenschaft

Die verfasste StudentInnenschaft stellt bei dem Ergebnis der Vertragsverhandlung und der Vorschläge der Universitätsleitung zur Umsetzung der Kürzungen fest: das verantwortungslose Anpassungen und vorauseilender Gehorsam sowohl einer Fakultät als auch einer Universität nicht eine eigenständige Entwicklungsperspektive gesichert haben. Die studentInnenschaft der HU stellt fest, das die Art der Führung der Universität durch den Präsidenten das Bestehen und Funktionieren der Gesamtuniversität schwächt und das sie sowohl die Person, als auch die Anlage des monokratischen Amtes für bedenklich hält.

Aufforderung Kuratoriums-Mitglied

Die Verfaßte StudentInnenschaft der HU fordert das studentische Mitglied im Kuratorium auf, den Berichtsteil des Präsidenten zurückzuweisen, diesen aufzufordern zu erklären, wieso von dem vorhandenen Rechtsgutachten kein gebrauch gemacht wurde, wieso ohne Zustimmung und Beschluss der universitären Selbstverwaltungsgremien in dem Zeitraum der Vertragsverhandlung, also der möglichen Öffentlichkeit, eine private Initiative laut seinem Bericht einen großen Teil der Tätigkeit ausgefüllt hat?

2. Universität im 21. Jahrhundert

Die verfasste StudentInnenschaft bezieht den wissenschaftlichen Gehalt des aufgestellten Kriterienkatalogs.

Aus ihrer Sicht heraus wurde nicht zuerst gefragt, wohin sich eine Universität im 21. Jahrhundert entwickeln soll, sondern welche Struktureinheit beseitigt werden können, ohne das andere in Mitleidenschaft gezogen werden. Das Ergebnis dieser finanztechnokratischen Perspektive ist fast zwingend das gleiche, wie die der damaligen Senatsverwaltung. Die Zielstellung der Aufrechterhaltung einer Universitas Litterarum ist eine Orientierung an das obrikeitsergebene Universitätsmodell des 19. Jahrhunderts und in dieser Logik ist die Einrichtung einer Fakultät der Staatswissenschaft nur konsequent.

Durch die finanzielle Situation der Stadt und durch die Verhandlungsführung des Präsidenten ist eine Situation entstanden, in der trotz oder wegen der Krise eine Entwicklungsperspektive erarbeitet werden muß.

Eine intellektuelle Aufgabe der Universität wäre es, sowohl die Ursachen zu analysieren, als auch Verantwortungen zu benennen und im Sinne einer Kultur der politischen Ermöglichung Initiativen zu initiieren.

Die Universitäten stehen vor der Herausforderung eines umfassenden Generationswechsel der HochschullehrerInnen. Die jetzige Situation führt zu einer Mentalität des frustrierten Herüberrettens und nicht zu einer innovativen und der Gesellschaft verpflichteten Universität des 21. Jahrhunderts.

Eigene Zielstellung

Zielstellung einer studentischen Debatte ist es die Fächerbreite und Studienmöglichkeiten an der Universität aufrecht zu halten. Deshalb hält es die Verfaßte StudentInnenschaft für notwendig, ein Diskussion in die Zukunft zu führen und nicht entsprechend der inneren Machtverhältnisse Kürzungsoffer zu produzieren oder einen Zustand der hinnehenden Ohnmacht der Überlebenden weiter zu kultivieren.

Innerhalb der Hochschullandschaft von Berlin muß es eine Differenz und eine Zusammenarbeit zwischen den Fachhochschulen und den Universitäten geben.

Aus Sicht der Verfaßte StudentInnenschaften ist eine Diskussion um eine Ausbildung bzw. einer wissenschaftlichen Bildung eine der Möglichkeiten einer Neuordnung innerhalb der Fächer.

Eine Universität benötigt keine BWL-Ausbildung, sie bedarf aber einer Wirtschaftswissenschaft und sie muß es den FachhochschulabsolventInnen ermöglichen, an der Humboldt-Universität zu promovieren.

Wenn sich der Staat aus der finanziellen Verantwortung der Hochschulen zurückzieht, dann haben auch die Universitäten die Freiheit und Möglichkeit sich aus den Dienstleistungen für den Staat und dem Instrument der Staatsexamen zurückzuziehen.

Eine pastorale Ausbildung kann zwar durch einen Vertrag zwischen Kirche und Staat an die Universität gekommen sein, aber ohne eine finanzielle Absicherung wäre berechtigt zu fragen, ob diese Dienstleistung zu erbringen ist.

Die Lehrerbildung ist für die Stadt Berlin wichtig, auch ohne Pisa-Studien, sie muß aber nicht in ihrer heutigen Form weitergeführt werden.

III. Zukunft der gesamten Universität demokratisch gestalten

Die verfaßte StudentInneschaft der HU erwartet von den universitären Selbstverwaltungsgremien, das sie verantwortungsvoll und in einer offenen Diskussion mit der zukünftigen Gestalt der Universität umgeht.

Die Zusammenlegung der Fakultäten darf nicht zu einem weiteren monokratischen Leitungsmodell der Dekane führen. Die demokratische Gremienuniversität und die Initiative ihrer Mitglieder ist die Grundlage einer Fähigkeit zur Selbsterneuerung.

Die verfaßte StudentInneschaft der HU fordert die ProfessorInnen der Universität auf, sich einem Gestaltungs-Moratorium anzuschließen.

Wenn die ProfessorInnen für drei Jahre auf ein Drittel ihrer Bezüge verzichten oder sich nur mit dem Gehalt der ProfessorInnen mit Ostbiographien begnügen, dann gewinnt die Universität notwendige Gestaltungsspielräume, die auch explizit für eine eigene Nachwuchsförderung mit verwendet werden soll.

Innerhalb der Moratoriumszeit von drei Jahren wird eine universitätsübergreifende Diskussion über eine erneuerte Humboldt-Universität geführt.

Im Gegenzug wäre mit dem politischen Senat von Berlin zu verhandeln:

- das die dann geschaffene Struktur wirklich eine Bestandssicherheit erhält,
- und das die Pensionskosten dann von der öffentlichen Hand und nicht von den Universitäten getragen werden.

Aufforderung an den AS

Die studentischen Mitglieder des AS werden aufgefordert zusammen mit der Rechtsstelle der Universität ein Gutachten über die Möglichkeiten eines Moratorium erstellen zu lassen, um dann einen entsprechenden Antrag in den AS einzubringen, der die ProfessorInnen-Kollegien zu einer Stellungnahme auffordert.

Aufforderung Kuratoriumsmitglied

Die Verfaßte StudentInneschaft der HU fordert ihr studentisches Mitglied im Kuratorium auf, die Unterzeichnung der Kürzungsverträge auszusetzen, bis es zu einer Entscheidung der ProfessorInnen-Kollegien gekommen ist.

Die verfasste StudentInneschaft der HU hält es für notwendig und zwingend, das im entsprechenden Maße das hauptamtliche Leitungsmodell selbst Teil eines Kürzungsvorschlages wird.

Sie fordert ihre studentischen Mitglieder im AS auf, innerhalb der Evaluierung des Leitungsmodells entsprechende Vorschläge zu erarbeiten.

Aus Sicht der verfassten StudentInneschaft ist sowohl der Bereich der Öffentlichkeitsarbeit durch das Öffentlichkeitsreferat selber abzudecken, als auch die STEPP-Gruppe des

Präsidenten verzichtbar. Zu überlegen wäre, ob die Bereiche Forschung und Lehre wieder zusammengeführt werden.

1Die Universität leistet sich berechtigter Weise eine eigene Bauabteilung.

Ihre Kernaufgabe ist aber nicht die Unterhaltung der Gebäude, sondern die wissenschaftliche Lehre und Forschung. Die verfasste StudentInnenschaft fordert den AS auf, auch nochmals Kürzungsmöglichkeiten in diesem dienstleistenden Bereich zu prüfen.

2Da wohl mit allen vorgeschlagenen Maßnahmen nicht die abgezwungene Kürzungssumme erbracht werden kann, wird es zu Stellenstreichungen in den Fächern und der Fächer kommen.

Die verfasste StudentInnenschaft der HU hält es aber für zwingend und notwendig, das dies in einem offenen Verfahren unter Federführung der akademischen Selbstverwaltung und ohne künstlichen Zeitdruck umgesetzt wird.

Deshalb fordert sie die studentischen VertreterInnen im AS auf, das eine Diskussion um die Universität des 21. Jahrhunderts und die Umsetzung der Kürzungen, sowie die Beschlüsse über eine Umsetzung in (einer) gemeinsamen Sitzung(en) des Kuratoriums und des AS im Audimax beantragt wird.

Antragsentwurf:

Humboldt-Universität zu Berlin
Liste: Offene Linke

Berlin, den 28.Oktober 2003

Vorlage Nr. ... 2003

- zur Beschlussfassung -
für die Sitzung des Akademischen Senats
am 2003

1.Gegenstand der Vorlage

Stellungnahme der verfassten StudentInnenschaft der Humboldtuniversität zu Berlin zu den Kürzungs-Vorschlägen der Universitäts-Leitung und Anträge über die Art und den Inhalt der Umsetzung.

2.BerichterstellerIn:

VertreterIn der Liste Offene Linke an der HU

3.Beschlussentwurf

1. Der Akademische Senat möge beschließen, das zu den Umsetzungen des Kürzungsvorschlages eine gemeinsame Sitzung mit dem Kuratorium und dem Akademischen Senat im Audimax stattfinden soll. Um eine öffentliche Debatte zu ermöglichen, gibt es an diesem Tag keine Lehrveranstaltungen.
2. Der Akademische Senat unterstützt die Initiative zu einem vorgeschlagenen „Gestaltungsmoratorium“. Er bittet die studentische Gruppe zu einer Konkretisierung und die Rechtsstelle der Universität darum, ein Gutachten Stellung zu erarbeiten. Der Akademische

22.11.03

Senat ruft seine professoralen Listen und die Professoren und Professorinnen dazu auf, zu dem studentischen Vorschlag Stellung zu nehmen.

3. Der Akademische Senat möge beschliessen, das über die Summe, die sich aus den Senkungen der Plafonds ergibt, nicht drüber hinaus gekürzt wird.
4. Der Akademische Senat möge beschliessen, das ein alternativer Kürzungsvorschlag zusätzlich erarbeitet wird:
 - der Akademische Senat beauftragt die Evaluierungskommission des Leitungsmodells zu prüfen, ob:
 1. der Bereich VP-Öffentlichkeitsarbeit nur als Öffentlichkeitsreferat weitergeführt werden kann,
 2. die Bereiche Lehre und Forschung zusammengeführt werden,
 3. die Gruppe STPP aufgelöst wird.
 - Der Akademische Senat beauftragt den Vizepräsidenten Haushalt über personale Kürzungsmöglichkeiten im Bereich der Bauabteilung zu berichten.
 - Der Akademische Senat beauftragt den Vizepräsidenten Lehre und Studium zu prüfen, welche Ausbildungsgänge in Fachhochschulen in explizit in den Fächern: BWL, Jura und Theologie angeboten werden und wie eine wissenschaftliche Qualifizierung und die Promotion aus diesen Bereichen in einem wirtschaftswissenschaftlichen, rechtswissenschaftlichen und religionswissenschaftlichen Instituten an der Universität möglich wären.
5. Der Akademische Senat möge beschliessen, das die Entscheidungen über die Großfakultäten erst nach der Diskussion um einen alternativen Umsetzungsvorschlag erfolgen wird.
6. Der Akademische Senat bittet das Kuratorium die Unterzeichnung der Verträge so lange auszusetzen, bis die ProfessorInnen der Universität sich zu dem Vorschlag eines Gestaltungs-Moratoriums geäußert haben. Die Universitätsleitung wird beauftragt, bei den nächsten Verhandlungen explizit eine Verlagerung der Pensionskosten aus dem Haushalt der Universität zu fordern.

4.Rechtliche Grundlagen

Vorläufige Verfassung der HU, § 5 Aufgaben des Akademischen Senats, 17/18.
BerlHG, § 61 Aufgaben des Akademischen Senats

5.Haushaltsmäßige Auswirkungen:

Die Verteilung des Kürzungsvolumens um 30 Mio. € .

6.Begründung:

Siehe Stellungnahme der verfassten StudentInnenschaft zum Kürzungsvorschlag der Universitätsleitung.